

Übersichten

Januar 2000

Außenpolitik

1 Zum Stand der chinesisch-amerikanischen Beziehungen: Immer noch stürmischer Wellengang

Eine Zeit lang schien es, als kämen die Beziehungen zwischen Washington und Beijing endlich zur Ruhe. Inzwischen aber ist erneut Sturm aufgekommen, der nicht zuletzt auch vom amerikanischen Wahlkampf ausgeht.

Hoffnungsvolle Anzeichen auf eine Beruhigung hatte es, wie gesagt, in Fülle gegeben:

– Im November hatten sich beide Seiten auf ein fast schon historisch zu nennendes Abkommen über ihre bilateralen Handelsbeziehungen geeinigt und damit eine der wichtigsten Hürden auf dem langen Marsch Chinas zum Eintritt in die WTO beseitigt (dazu C.a., 1999/11, Ü 1, 1999/11, S.1156-1167, C.a., 1999/12, S.1251-1265).

– Im Dezember war es dann zur Einigung über amerikanische Entschädigungszahlungen für die in Belgrad zerstörte chinesische Botschaft gekommen (C.a., 1999/12, Ü 6). Bekanntlich hatten amerikanische Fernlenkraketen

am 7. Mai 1999 die chinesische Botschaft in Belgrad vernichtet und dabei u.a. den Tod von 3 chinesischen Journalisten sowie die Verwundung von 20 weiteren Personen verursacht.

– Schließlich kam am 22. Januar 2000 eine chinesische Militärdelegation unter der Leitung des Stellvertretenden Vorsitzenden im Generalstab, Generalleutnant Xiong Guangkai, nach Washington, um dort die dritte Runde der seit 1997 laufenden „Annual Defense Consultative Talks“ zu bestreiten, die eigentlich bereits im Juni 1999 hätten stattfinden sollen, die dann aber von chinesischer Seite wegen der Zerstörung der Belgrader Botschaft abgesagt worden waren. Hinter dem Besuch stand die Absicht, die amerikanisch-chinesischen Beziehungen zumindest im militärischen Bereich wieder auf den „Status vor Belgrad“ zurückzubringen, sie also zu renormalisieren. Xiong traf sich mit hohem amerikanischen Militärs sowie dem Unterstaatssekretär für Verteidigung, Walter Slocombe, und führte mit ihnen Gespräche, die weit über militärische Themen hinausgingen. Dabei bediente sich Xiong zum Teil einer durchaus undiplomatischen Ausdrucksweise. Trotz des Trends zur Multipolarisierung bestünden, wie er hervorhob, immer noch Tendenzen des „Hegemonismus“ und der „Machtpolitik“, die sich in Formen einer „neuen Kanonenbootdiplomatie“, eines „Neokolonialismus“ und eines „Neointerventionismus“ äußerten (XNA, 29.1.2000). Diese „Logik des kalten Kriegs“ verstoße gegen die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, gegen die UNO-Charta und gegen andere internationale Normen“.

Besonders häufig kam Xiong auf die Taiwan-Frage zu sprechen, die nach wie vor das „mit Abstand heikelste Problem zwischen beiden Staaten“ sei. China sei ernsthaft besorgt über die jüngsten Waffenverkäufe der USA an Taiwan, über die Versuche, ein neues „Sicherheitsnetz für Taiwan“ zu knüpfen, und über die Bemühungen der USA, Taiwan für ein „US Theatre Missile Defense System“ zu gewinnen (Ebda.).

Xiong betonte während seines Aufenthaltes auch mehrere Male, dass China überaus „besorgt sei“ über Nachrichten, dass die Amerikaner größere

Bestände von Hightech-Waffen an Taiwan veräußern wollten. Auch die Einbeziehung Taiwans in den Raketenabwehrschild (TDM) war immer wieder Gegenstand chinesischer Proteste.

Schienen die amerikanisch-chinesischen Beziehungen nach all diesen Klärungsversuchen noch auf dem Weg zur Besserung, so wendete sich das Blatt erneut mit dem Beginn des Monats Februar. Drei Ereignisse waren hierfür verantwortlich:

Am 1. Februar verabschiedete der amerikanische Kongress mit einer Stimmenmehrheit von 341 zu 70 ein „Gesetz zur Förderung der Sicherheit Taiwans“ (Taiwan Security Enhancement Act), das vor allem in vier Punkten dazu angetan war, den Zorn Beijings zu erregen, nämlich (1) enge Zusammenarbeit zwischen amerikanischen und taiwanischen Streitkräften, (2) Ausbildung taiwanischer Offiziere in den USA, (3) verstärkte Waffenlieferungen und (4) Verstärkung der Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen.

Bereits 1979 hatten die USA einen TRA (Taiwan Relations Act) erlassen, der vorgesehen hatte, dass sich (1) die beiderseitigen Beziehungen dicht unterhalb der Schwelle normaler diplomatischer Beziehungen bewegen sollten („Quasi-Diplomatie“ war der rote Faden, der sich durch das Gesetz zog), der (2) ferner eine militärische Bedrohung Taiwans durch die VRCh als „ernste Angelegenheit“ (grave concern) bezeichnete und (3) der auch die Fortsetzung von Waffenlieferungen an Taiwan vorsah.

Auf stürmische Proteste Beijings hin war es dann zu Verhandlungen und schließlich zu einem Gemeinsamen Kommunikee von 1982 gekommen, in dem die USA zusagten, dass sie ihre Waffenkäufe nicht mehr erhöhen, sondern, ganz im Gegenteil, nach und nach verringern würden.

Die „drei Kommunikees“ (nämlich das Shanghaier Kommunikee von 1972, das Kommunikee über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen von 1979 und das Waffenlieferungsbeschränkungskommunikee von 1982) waren fortan jener Grundbestand an Dokumenten, den die VR China bei jeder sich bietenden Gelegenheit in die Höhe hob und dessen Inhalt den USA

immer wieder unter die Nase gerieben wurde.

Das neue Gesetz vom 1.2.2000 geht über das TRA von 1979 weit hinaus und lässt sich – insofern muss den chinesischen Protesten vom 2. Februar durchaus Recht gegeben werden – mit dem „Gemeinsamen Kommunikee von 1982“ nicht vereinbaren.

Aus diesem Grunde auch hat Präsident Clinton seine Absicht bekundet, ein Veto gegen das neue Gesetz einzulegen, das allerdings auf dem Weg über eine zweite Lesung dann doch noch Gesetzeskraft erlangen könnte.

In seinem Protest vom 2.2.2000 (XNA, 2.2. und 3.2.2000) wies Beijing darauf hin, dass das neue Gesetz in seiner vorliegenden Fassung den Abspaltungskurs Taiwans unterstütze und deshalb, wenn es nicht zurückgenommen werde, „irreparable Schäden“ im bilateralen Verhältnis hinterlassen könne.

In Taiwan ist das Gesetz erfreut zur Kenntnis genommen worden und dürfte im weiteren Verlauf des Wahlkampfes eine zunehmende Rolle spielen. Am 18. März wird in Taiwan ein neuer Präsident gewählt. Um den Posten bewerben sich drei Kandidaten, nämlich Lian Zhan (Guomintang), Chen Shuibian (MJD) und James Song (früher Guomintang-Mitglied, heute unabhängig).

Ein zweiter Verdüsterungspunkt ist der politische Streit um die Annahme des im November abgeschlossenen Handelsvertrags durch den von den Republikanern beherrschten US-Kongress. Das Weiße Haus beauftragte am 12. Januar den Minister für Handelsangelegenheiten, William Daley, ein systematisches „Lobbying“ im Kongress mit dem Ziel zu beginnen, eine Stimmenmehrheit für die Annahme des Handelsabkommens zu gewinnen (SCMP, 12.1.2000).

Auch die chinesische Seite wandte sich an die amerikanische Öffentlichkeit, u.a. Liu Xiaoming, der chinesische Chargé d'Affaires ad interim (also der Vertreter des nach der Belgrader Bombardierung abberufenen Botschafters). Liu wies darauf hin, dass die USA bisher nicht weniger als 100 Ländern „normale Handelsbeziehungen“ (früher: „Meistbegünstigung“) eingeräumt hätten. Von den sechs Ländern, die keinen „Normal

Trading Status“ genossen, sei China der einzige Staat, der umfassende wirtschaftliche und kommerzielle Beziehungen mit den USA unterhalte, während die anderen ohnehin nur beschränkt Handel trieben. Deshalb sei der jetzige Zustand nicht länger tragbar (*Dagongbao*, 6.1.2000, in SWB, 7.1.2000). Die Amerikaner müssten endlich die „Mentalität des kalten Kriegs“ ablegen und damit aufhören, China nach wie vor als Bedrohung zu empfinden – oder gar hinzustellen. Sie müssten sich dazu durchringen, der VR China einen „permanenten Handelsstatus“ einzuräumen.

Ein drittes neu aufgetauchtes Problem sind die Spionagevorwürfe, die ursprünglich im Zusammenhang mit dem Physiker Li Wenhe aufgetaucht waren, der während seiner Forschungstätigkeit am National Laboratory von Los Alamos laufend Nukleargeheimnisse abgezweigt und sie an die Volksrepublik weitergeliefert habe. Li stammt aus Taiwan.

In der Zwischenzeit haben sich die Vorwürfe gegen die VR allerdings etwas entschärft, insofern sich nämlich der Verdacht dahin gewendet hat, dass Li nicht die VR China, sondern vielmehr das taiwanische „Zhongshan Institut für Wissenschaft und Technologie“ beliefert habe – eine Behauptung, die von taiwanischer Seite auf der Stelle zurückgewiesen wurde (SCMP, 12.1.2000).

Kaum war der Verdacht gegen die VRCh entschärft worden, schossen sich US-Presse und -Justiz allerdings auf einen neuen Spion aus der VR China, nämlich auf Song Yongyi ein, einen Bibliothekar am Dickinson-College in Pennsylvania, der ebenfalls laufend Spionage für die VRCh betrieben haben soll.

Die Festnahme Songs hat in der Zwischenzeit in der akademischen Welt der USA Staub aufgewirbelt und zahlreiche Spitzenwissenschaftler der USA dazu veranlasst, für die Freilassung Songs einzutreten (IHT, 12.1.2000).

Aus der Sicht Beijings sind all diese Vorgänge Anzeichen von antichinesischer Hysterie, die nicht Gutes ahnen lasse. -we-

2 Illegale Einschleusung von Angehörigen der VR China in die USA

Seit Jahren sickern in die USA immer wieder Immigranten aus der VR China ein, deren Ankunft von den amerikanischen Behörden meist nur dann bemerkt wird, wenn es wieder einmal Tote gegeben hat; so auch Anfang Januar 2000 im Hafen von Seattle an der Westküste der USA. Dort waren 30 Männer – nach einer Fahrt von 15-20 Tagen über den Ozean – in einem Container entdeckt worden, den sie wegen eines verhakten Sperrmechanismus nicht aus eigener Kraft hatten öffnen können. Die eine Seite des Containers war während der Überfahrt für „Abfälle“, die andere Seite für ein notdürftiges Wohnen verwendet worden. Die Immigranten hatten typische Fluchtrationen wie Reis, Wasser und Knäckebrot mitgeführt.

Drei der illegalen Passagiere hatten die Strapazen nicht überlebt und waren an Unterkühlung sowie an Verdurstungen gestorben.

Wieder einmal waren es geschäftstüchtige Kriminelle vor allem aus Hongkong gewesen, die den Flüchtlingen das Blaue vom Himmel versprochen und sie gegen eine Gebühr von 50.000 US\$ pro Person in Container eingeschuggelt hatten, die auf Frachtschiffe verladen wurden.

Hatten die Schmuggler die Immigranten früher auf oft seeuntüchtigen Booten an die Küsten der USA oder Kanadas verbracht, so benutzen sie neuerdings moderne Schiffe, die meist mit mehreren Hundert Metallcontainern beladen sind.

Da die Zollbehörden nicht jeden Container einzeln überprüfen können, scheint die Zahl der Einwanderer mittlerweile immer größer zu werden. Kurz vor Jahresende waren auf mindestens acht Schiffen an der amerikanischen Westküste und in Kanada Immigranten in Containern entdeckt worden.

Da auf Grund des amerikanischen Einwanderungsgesetzes illegale Einwanderer, die keine politische Verfolgung nachweisen können, innerhalb weniger Wochen in ihr Mutterland zurückgeschickt werden müssen, ist es bereits 1999 zur Repatriierung

von rund 1.000 Chinesen gekommen (FBIS, CHI, 4.1.2000).

Am 9. Januar wurden weitere 246 illegale Einwanderer per Sonderflugzeug in die chinesische Provinz Fujian zurückgeschickt. Die Abgeschobenen waren zum größten Teil im Dezember 1999 an Bord zweier Schiffe vor der Küste Guatemalas aufgegriffen worden. Sie hatten geplant, in den USA an Land zu gehen. Washington fürchtet, dass die Zahl der Flüchtlinge noch beträchtlich steigen könnte, wenn die Arbeitslosigkeit in China weiter zunimmt.

Die 50.000 US\$ können von den Immigranten selten im Voraus aufgebracht werden. Die Flüchtlinge gehen deshalb die Verpflichtung ein, die Summe nach ihrer Ankunft in den USA nach und nach abzarbeiten. Nicht zu Unrecht ist in diesem Zusammenhang von „moderner Sklaverei“ die Rede.

Festnahmen verdächtiger Chinesen erfolgen übrigens nicht nur vor der amerikanischen Küste, sondern manchmal schon in Asien. So verhaftete die kambodschanische Polizei beispielsweise am 8. Januar 56 Chinesen, die nach Phnom Penh in der Absicht gekommen waren, sich von dort aus in ein nicht näher genanntes „Drittland“ abzusetzen (Radio Australia, in SWB, 11.1.2000). -we-

3 Beiträge der VR China zur Entspannung auf der koreanischen Halbinsel

Vergleiche dazu das Thema im vorliegenden Heft.

4 Vietnam und China: Klärung der Landabgrenzungsfragen beim Besuch Zhu Rongjis

Zum Abschluss einer Vier-ASEAN-Länderreise (Malaysia, Philippinen, Singapur) besuchte der chinesische Ministerpräsident Zhu Rongji vom 1. bis 4. Dezember die SRV, wobei er zunächst nach Ho-Chi-Minh-Stadt und dann erst nach Hanoi kam.

Sein Besuch war mit zwei Hauptzielen verbunden, nämlich der Schlussbereinigung aller Streitfragen entlang der rund 1.300 km langen, gemeinsamen Landgrenze sowie einer verstärk-

ten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Zhu kam zum ersten Mal in seiner Eigenschaft als Ministerpräsident nach Vietnam. Da er als realistischer Politiker bekannt ist, konnten die vietnamesischen Gesprächspartner von der Visite konkrete Ergebnisse erwarten – und sie wurden darin in der Tat nicht enttäuscht.

Seit im Jahre 1991 die Renormalisierung zwischen den beiden „traditionell befreundeten Nachbarn“ (so die offizielle Wortregelung!) begann, sind beiderseits zahlreiche konstruktive Schritte zur Überwindung jener Feindschaft getan worden, die zu Beginn der 70er-Jahre entstanden war und die im Februar/März 1979 sogar zu einem 4-wöchigen Waffengang geführt hatte.

Die Handelsbeziehungen wurden wieder aufgenommen, die beiden grenzüberschreitenden Eisenbahnlinien erneut in Betrieb genommen, die im Zeichen des Grenzkriegs verminteten Geländeabschnitte von Minen gesäubert und auch Lösungsversuche zur schwierigen Grenzfrage eingeleitet. Die „Grenzfrage“ erweist sich bei näherem Hinsehen als ein kompliziertes Dreierpaket (Landgrenzen, Demarkierung im Golf von Tongking, Inseln im Südchinesischen Meer) mit jeweils eigener Problematik.

Bereits beim Besuch des früheren KPV-Generalsekretärs Do Muoi im Juli 1997 war eine Leitformel beschlossen worden, derzufolge die bilaterale Landgrenze bis zum Jahre 1999 und die Demarkierung im Golf von Tongking (Chinesisch: Beibuwan, vietnamesisch: Bac Bo.) bis zum Jahre 2000 geklärt sein sollten. Diese Formulierung war beim Besuch Jiang Zemin in Hanoi am 27. Februar 1999 wiederholt worden (vgl. dazu, SOAa, 3/1999, S.124ff.). Die Problematik des Südchinesischen Meers sollte dagegen noch auf die längere Bank geschoben werden – und zwar mit dem Vorsatz, eventuell doch noch auftretende Schwierigkeiten ausschließlich auf friedliche Weise zu bereinigen.

Mit der Verwirklichung der Vereinbarungen von 1997/1998 hat sich die chinesische Seite viel Zeit gelassen. Sozusagen „auf den letzten Drücker“, nämlich im Dezember 1999, kamen beide Seiten darin überein, dass das „Landgrenzenproblem vollständig ge-

löst“ sei (XNA, 4.12.99). Allerdings wurde beim Besuch Zhus noch kein formeller Vertrag geschlossen. Dieser solle aber, wie es hieß, „schon bald unterzeichnet werden“ (Ebenda). Einzelheiten über die Verhandlungsergebnisse wurden nicht bekannt gegeben. Möglicherweise werden Landgrenze und Abgrenzung im Golf von Tongking nun „in einem Zug bereinigt und in einem Vertragswerk zusammengepackt“. Auch darüber freilich gab es in Hanoi keine Verlautbarungen (XNA, 4.12.99).

Immerhin aber markiert das Jahr 2000 den 50. Jahrestag der Errichtung diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern, so dass man sicher sein kann, dass hier erinnerungswerte Akzente gesetzt werden.

Zhu Rongji sparte nicht mit lobenden Worten, vor allem nachdem er in Ho-Chi-Minh-Stadt einige Betriebe, unter anderem die größte Schuhfabrik des Landes, besucht hatte, die ja von Jahr zu Jahr eindrucksvollere Exportergebnisse verzeichnen kann (XNA, 2.12.99).

Obwohl noch kein formeller Grenzvertrag unterschrieben worden ist, gab Zhu doch bekannt, dass er alle einschlägigen Regierungsagenturen seines Landes angewiesen habe, mit den vietnamesischen Stellen eng bei der Umsetzung der Abgrenzungsvereinbarungen zusammenzuarbeiten. Stets müsse dabei die Richtlinie der „Nachbarschaft, der Freundschaft, der umfassenden Zusammenarbeit, der langfristigen Stabilität und der Zukunftsorientiertheit“ mitbestimmend sein (VNA, in SWB, 6.12.99).

Was den zweiten Punkt, nämlich die wirtschaftlichen Beziehungen anbelangt, so wird der Gesamtumfang des bilateralen Handels im Jahre 1999 auf 1,3 Milliarden US\$ geschätzt. Bis Ende 2000 sollen 2 Milliarden US\$ erreicht werden. Bedenkt man, dass der Gesamtaußenhandel der VR China bei rund 340 Milliarden US\$ liegt, so ist dies eine nicht gerade eindrucksvolle Bilanz!

Vietnam exportiert nach China Kaffee, Rohgummi, Rohöl, Reis, Kohle, Meeresprodukte sowie Mineralerze und importiert von dort Eisen, Stahl, Elektrizitätsausrüstungen, Zement, Zucker, Textilprodukte, Kero-

sin und Gasolin, Pharmazeutika, Baumaterialien, Düngemittel, Landwirtschaftsmaschinen und Spielzeuge.

China ist in Vietnam an 451 Projekten (meist Industriebetrieben) beteiligt, und zwar mit einem Gesamtwert von 3,48 Milliarden US\$. Genau genommen handelt es sich hier zumeist um Hongkonger Beteiligungen – diese belaufen sich auf 375 Projekte mit einem Gesamtwert von 3,35 Milliarden US\$ (VNA, in SWB, 1.12.99). Fast alle chinesischen Projekte befassen sich mit Dienstleistungen oder mit Kleinindustrie. Die VR China hat der SRV bisher Kredite in Höhe von 80 Millionen RMB Yuan (14 Mio. US\$) zinslos zur Verfügung gestellt, und zwar zwischen 1992 bis 1999. Außerdem gewährte sie der SRV einen Vorkredit in Höhe von 200 Millionen Yuan (24 Mio. US\$) in 1997. Vietnam nimmt solche Geschenke dankbar an (Ebenda), offensichtlich in der Absicht, der VR China damit Gesicht zu geben.

Beim Besuch Zhu Rongjis wurde vereinbart, dass die VR China sich an einer Reihe weiterer Projekte beteiligen werde, u.a. am Dao Khoan-Hydroelektrizitätswerk und am Sao Ha-Thermal-E-Werk. Hier will sich China vor allem finanziell, am Thai Nguyen-Stahlwerk und am Ha Bac-Nitrat-Düngemittelwerk dagegen mit Spezialisten beteiligen, die an der Modernisierung sowohl der Produktion als auch des Managements mitarbeiten sollen (RH, in SWB, 7.12.99).

Viele Fragen musste Zhu im Zusammenhang mit dem Beitritt Chinas zur WTO beantworten, der in Kürze bevorsteht. Zum Abschluss seiner Vietnam-Visite besuchte Zhu auch das Mausoleum Ho Chi Minhs in Hanoi.

Eine Woche vor Zhu Rongji war ein Mitglied des vietnamesischen Generalstabs, Hoang Ky, nach Beijing gereist. Die Zusammenarbeit findet mittlerweile also auf allen nur denkbaren Gebieten statt. -we-

5 Einsatz für Osttimor

Da kleinere Länder, wie z.B. Osttimor, leicht in Versuchung kommen, sich durch attraktive Hilfsangebote Taiwans „umgarnen“ und für diplomatische Beziehungen mit Taipei gewin-

nen zu lassen (man denke an den „Fall Mazedonien“ im Jahre 1999), hat Beijing diesmal entschlossen gehandelt und den Führer der osttimoresischen Unabhängigkeitsbewegung, Jose Alexandre Xanana Gusmao, in aller Eile nach Beijing eingeladen – ein Angebot, das dieser vom 24. bis 27. Januar 2000 wahrnahm. Dabei wurde vereinbart, dass Osttimor diplomatische Beziehungen mit Beijing in dem Augenblick aufnehmen solle, da es unabhängig werde (XNA, 21. und 28.1.2000).

Außerdem übernahm China gegenüber Osttimor zwei Verpflichtungen, indem es erstens eine Aufbauhilfe (von vorerst 50 Mio. RMB Yuan) zusagte (XNA, 28.1.2000) und indem es sich weiterhin verpflichtete, sich der UN-Friedensmission anzuschließen. Zu diesem Zweck wolle es 15 Zivilpolizisten zur Verfügung stellen, und zwar der „UN Transitional Administration“ in Osttimor. Die ersten 10 Soldaten brachen bereits am 12. Januar in Richtung Osttimor auf (XNA, 12.1.2000).

In den chinesischen Berichten und Kommentaren zum Treffen mit Gusmao war bezeichnenderweise nicht eine einzige anti-indonesische Bemerkung enthalten. -we-

6 Neue Verstimmungen zwischen dem Vatikan und Beijing

Noch 1998 hatte es den Anschein gehabt, als seien der Heilige Stuhl und die VR China auf dem besten Weg zu einer gegenseitigen Annäherung. Nachdem Papst Johannes Paul II. Kuba besucht und dort mit Fidel Castro konstruktive Gespräche hatte führen können, glaubte er, auch in Richtung China einen neuen Annäherungsversuch wagen zu können. Gelegenheit dafür bot der Chinabesuch dreier hochrangiger amerikanischer Geistlicher im Februar 1998, von denen einer im Namen der Katholische Kirche sprach (Dazu C.a., 1998/3, Ü 10).

Offensichtlich war der Vatikan bereit, im Interesse einer Annäherung an die VR China sogar seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan aufs Spiel zu setzen. Allein schon aus diesem Grund war man sicher, in Beijing auf offene Ohren zu stoßen.

Am 6. Januar 2000 kam jedoch die große Enttäuschung, als die „Patriotische Katholische Kirche Chinas“ fünf Bischöfe ernannte – und dies am gleichen Tag, da auch der Vatikan in Rom 12 Bischöfe konsekrierte. Mehr noch: Nach Informationen der *South China Morning Post* (SCMP, 7.1.2000) hatte in Beijing ursprünglich die Absicht bestanden, nicht nur fünf, sondern ebenfalls 12 Bischöfe zu ernennen – die gleiche Zahl also wie in Rom, und dies auch noch am gleichen Tag: Wenn das keine deutliche Geste – und eine Ohrfeige für den Vatikan gewesen wäre! In der Tat löste dort das Verhalten Beijings sogleich die Frage aus, warum die VR China eine so harte Linie eingeschlagen habe, nachdem Jiang Zemin noch im Vorjahr den Weg für Verhandlungen mit dem Heiligen Stuhl ausdrücklich gebilligt hatte.

Zwei Erklärungen bieten sich an, nämlich, erstens, die Vermutung, dass das Verhalten der Regierung gegen den Vatikan lediglich eine Fortsetzung der harten Linie gegen die Falungong, also eine der größten religiösen Gruppierungen in der Volksrepublik, sei, und, zweitens, die Möglichkeit, dass Beijing keinen Präzedenzfall zu Gunsten Tibets zulassen wollte: In der Ernennung von Bischöfen sieht Beijing, ähnlich wie bei der Sanktionierung tibetischer Wiedergeborener, eine Frage politischer Machtausübung – mit der Folge, dass ein Verzicht auf Sanktionsmaßnahmen letztlich ein Verzicht auf den Primat der Politik wäre und vielleicht sogar auf eine Preisgabe von Souveränitätsrechten hinausliefe.

Angeblich ist in Beijing die Frage diskutiert worden, ob nicht das vietnamesische Modell auf China übertragen werden solle, wonach die Regierung einen Kandidaten vorschlägt und der Vatikan dann ohne großes öffentliches Aufsehen zustimmt oder ablehnt.

Gegen eine solche Möglichkeit soll angeblich vor allem Wang Zhaoguo, ein hoher Vertreter innerhalb des „Büros für Religionsangelegenheiten“, eingetreten sein, und zwar mit dem Hinweis, dass man im Hinblick auf die Wahl des nächsten Dalai Lama keine Präzedenzfälle schaffen dürfe, die den Gegnern Beijings Munition liefern könnten (SCMP, 7.1.2000).

Zur Zeit gibt es in China ungefähr 70 von der Regierung sanktionier-

te Bischöfe. Rund 2/3 sollen angeblich heimlich auch von Rom anerkannt worden sein. Soll diese Praxis der stillschweigenden Zusammenarbeit nun aufgegeben werden – und sollte die Ernennung der fünf Bischöfe am 6. Januar ein Auftakt für diese neue Politik gewesen sein!?

Seit 1950 gibt es die sogenannte „Patriotische Dreiselbst-Bewegung“ (*san zi aiguo yundong*), derzufolge die christlichen Kirchen, vor allem die Katholiken, in dreifacher Hinsicht unabhängig zu sein haben, nämlich organisatorisch, finanziell und pastoral. Verboten ist seit damals nicht nur die (seit dem 19. Jahrhundert in schlechtem Ruf stehende) Mission, sondern auch die Bischofsernennung durch den Vatikan. Paradoxerweise hat diese „Unabhängigkeit“ dazu geführt, dass die Reformen des 2. Vatikanums in China nie anerkannt worden sind und dass dort die Messe daher nach wie vor nicht in der Volkssprache, sondern auf Lateinisch, zelebriert wird. Erst in allerjüngster Zeit ist auch hier Bewegung in die Szene gekommen, doch nicht, weil der Vatikan es so wollte, sondern weil die „Patriotische Kirche“ es für gut befindet.

Da sich viele Katholiken in China nicht einer Massenorganisation, wie es die „Patriotische Kirche“ nun einmal ist, unterstellen wollten, haben sich zahlreiche Untergrundkirchen herausgebildet, die zum Teil papsttreu sind, zum Teil aber auch eigene Wege beschreiten – und durchwegs im Verdacht der Geheimbündelei stehen. Vor allem die Priester dieser Bewegungen werden mit ihrem „illegalen“ Tun kriminalisiert – und polizeilich verfolgt. Hier ergeben sich in der Tat zahlreiche Parallelen zu den Verfolgungen der Falungong-Anhänger.

Spekulationen bestehen darüber, wie viele Katholiken in China außerhalb der „Patriotischen Kirche“ stehen – manchmal ist von 4, dann wieder von 8 und bisweilen auch von 10 Millionen die Rede. -we-

Innenpolitik

7 „Größter Schmuggelskandal“ in der Geschichte der Volksrepublik

Im Januar wurden Nachrichten über einen Schmuggelskandal nie zuvor gekanntes Ausmaßes in der Taiwan gegenüber gelegenen Hafenstadt Xiamen (Provinz Fujian) bekannt, mit dessen Aufklärung die chinesischen Behörden mindestens seit August letzten Jahres beschäftigt sein sollen. Die fragmentarischen und zum Teil spekulativen oder auch widersprüchlichen Meldungen über den Vorfall wurden vor allem in der Hongkonger und ausländischen Presse transportiert, während sich die offiziellen chinesischen Medien mit Berichten bisher stark zurückhielten.

Der nun bekannt gewordene Fall löst den im Frühjahr letzten Jahres in Zhanjiang (Provinz Guangdong) aufgedeckten Fall von Schmuggelkriminalität als bislang „größten Schmuggelskandal“ in der Geschichte der VR China ab. Damals waren sechs Todesurteile und mehrere teils lebenslängliche Haftstrafen verhängt worden. Im Zusammenhang des Skandals wurde der damalige, für Schmuggelbekämpfung zuständige Stellvertretende Minister für Öffentliche Sicherheit, Li Jizhou, von seinem Posten enthoben (vgl. C.a., 1999/4, Ü 6).

Als relativ stabil erwiesen sich Informationen, wonach das sogenannte „Farewell“ (Yuanhua)-Unternehmenskonglomerat des in Fujian gebürtigen und in Hongkong ansässigen Geschäftsmanns Lai Changxing seit Mitte der neunziger Jahre von Xiamen aus systematische und umfangreiche Schmuggelaktivitäten betrieben haben soll. Schmuggelgüter waren vor allem Rohöl, Kraftfahrzeuge, Computer, Telekommunikationsausrüstung, Kautschuk und Zigaretten. Nach bisherigen Schätzungen beläuft sich der Gesamtwert der geschmuggelten Ware auf 140 Mrd. Yuan (rd. 35 Mrd. DM) (davon 80 Mrd. Yuan für Rohöl) oder mehr (SCMP, 24., 25., 26.1.2000).

Besonderes Aufsehen erregt der Fall nicht nur wegen der hohen Finanz-

summen, sondern vor allem auch wegen der Tatsache, dass nach dem bisher bekannt gewordenen Stand der Ermittlungen zahlreiche staatliche Stellen und militärische Einheiten in den Skandal verwickelt sind. Involviert sein sollen unter anderem die Volksbefreiungsarmee, insbesondere die Generalstabsabteilung und die Marine, das Ministerium für Staatssicherheit, die lokalen Polizei- und Zollbehörden, Personal-, Wirtschafts- und Außenhandelsabteilungen der Provinz- und Stadtverwaltung sowie das städtische Parteisekretariat. Im Gegenzug gegen die Bezahlung von Schmiergeldern oder direkte Beteiligung an den Schmuggelgewinnen sollen diese die Aktivitäten der „Farewell“-Gruppe politisch gedeckt und die illegalen Transaktionen stillschweigend geduldet bzw. aktiv unterstützt haben. So wird etwa berichtet, dass Lai Changxin für die Finanzierung seiner Geschäfte wiederholt Kredite von staatlichen Banken und bei den Schmuggeltransporten Eskortschutz durch Marineschiffe erhalten habe (SCMP, 25., 26.1.2000).

Die Meldungen weichen hinsichtlich der Frage voneinander ab, seit wann die zentrale Führung von den Tätigkeiten des Schmuggelrings erfahren und Schritte zu seiner Zerschlagung eingeleitet hat. Laut eines Hongkonger Berichts soll Ministerpräsident Zhu Rongji bereits seit 1997 von Unregelmäßigkeiten der vom Militär unterstützten „Farewell“-Gruppe Kenntnis gehabt haben (SCMP, 26.1.2000). Andere Quellen sprechen davon, dass im April letzten Jahres in der Beijinger Parteizentrale eine Spezialeinheit gegründet und daraufhin seit August mehrere Hundert Ermittler (die Zahlen variieren zwischen 300 und 1.000) nach Xiamen ausgesandt worden seien, um den Schmuggelfall aufzuklären. Als Leiterin des Ermittlungskommandos wurde Liu Liying genannt, die das Amt einer Vizesekretärin der Zentralen Disziplinarkontrollkommission innehat. Liu hat bereits in mehreren prominenten Korruptionsskandalen ermittelt, so auch im Fall des Beijinger Bürgermeisters und Politbüromitglieds Chen Xitong, der 1995 aus dem Politbüro ausgeschlossen und 1998 wegen Korruption zu 16 Jahren Haft verurteilt wurde (vgl. C.a., 1998/8, Ü 5), sowie